

DB/gx

VERTRAULICH

den 24. Februar 1966

Geht an: Herrn Bundesrat Spühler
Herrn Botschafter Micheli
Herrn Minister Grässli
Herrn Minister Burchhardt
Herrn Minister Bindschedler
Herrn Botschafter R. Keller
Herrn Dr. Janner
Herrn Dr. Probst
Herrn Dr. Pestalozzi

Chefbeamtenbesprechung vom 22. Februar 1966

Protokoll

Anwesend: Bundesrat Spühler
Botschafter Micheli
Minister Grässli
Minister Burchhardt
Minister Bindschedler
Botschafter R. Keller
Dr. Janner
Dr. Probst
Dr. Pestalozzi
Dr. Dumont (Protokoll)

Fraktanden

1. Botschafterkonferenz
2. Zypern
3. Abrüstungs-Umfrage der Vereinten Nationen
4. Verschiedenes



1. Botschafterkonferenz

Herr Micheli: Es geht heute darum, das Datum der diesjährigen Botschafterkonferenz festzulegen. Diese Konferenzen finden in der Regel im September statt und Herr Micheli bringt als Termin den 1. - 3. September in Vorschlag. Seit zwei Jahren werden vorgängig Regionalkonferenzen durchgeführt, zu welchen sich die Botschafter einer bestimmten Region einfinden, um die sie besonders betreffenden Probleme zu besprechen. Ein diesbezügliches Programm kann erst aufgestellt werden, wenn wir über die Teilnehmer unterrichtet sein werden. Ueber die an der Hauptsitzung zu behandelnden Themen kann heute noch nicht beschlossen werden. Auf jeden Fall ist ein Exposé des Departementschefs in Aussicht zu nehmen sowie weitere Vorträge auf wirtschaftliches, eventuell militärisches Gebiet, die Anlass zu einer allgemeinen Aussprache geben sollen, wobei einzelne Botschafter beauftragt werden, sich im voraus auf die Einleitung der Diskussion vorzubereiten.

Herr Grüssli hat die frühzeitige Festlegung gewünscht im Hinblick auf die in diesem Jahr fallende Jahrhundertfeier von Nestlé. Diese Firma beabsichtigt unter anderen unsere, im Lande weilenden Botschafter am 6. September zu einer Besichtigung mit anschliessendem Empfang und einem Ausflug am nächsten Tag einzuladen. Wir möchten deshalb die Botschafter rechtzeitig über das Datum der Botschafterkonferenz verständigen und sie gleichzeitig auf die Nestlé-Einladung hinweisen.

Im Einverständnis mit dem Departementschef wird die diesjährige Botschafterkonferenz auf den 1. - 3. September festgelegt mit Regionalkonferenzen am 31. August.

2. Zypern

Herr Micheli: Anlass zu einer Aussprache über den Zypern-Konflikt gibt die Berichterstattung von Herrn Gagnebin, der beeindruckt war durch den aggressiven Ton der Vertreter Griechenlands und der Türkei in der Beratenden Versammlung des Europarates. Er befürchtet, es könnte zu neuen Feindseligkeiten kommen und befürwortet einen Appell des Bundesrates mit dem Angebot unserer guten Dienste. Die Beurteilung Gagnebins stimmt mit der unserigen nicht ganz überein, und wir glauben, dass er zu schwarz sieht. Trotzdem wäre es nützlich sich zu überlegen, was unternommen werden kann, falls es zu einer Aktivierung des Konfliktes kommen sollte. Dabei ist davon auszugehen, dass heute die Vereinten Nationen sich mit der Zypern-Frage befassen, denen wir uns nicht substituieren können. Herr Micheli erinnert an die seinerzeit in Bern erfolgte Demarche des Büros des UN Generalsekretariates mit dem Wunsche, einen schweizerischen Vermittler zur Verfügung zu stellen. Herr Petitpierre hat sich damals bereit erklärt, eine solche Mission zu übernehmen, wobei ihm Botschafter Riegger zugeteilt worden wäre. Das Angebot wurde indessen von Makarios nicht angenommen, angeblich weil dieser als absoluter Gegner einer föderalistischen Lösung keinen schweizerischen Vermittler wünscht. Herr Micheli hatte immer den Eindruck, diese Sache sei am Generalsekretariat nur von untergeordneten Stellen und nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelt worden. U Thant hat sie jedenfalls anlässlich seines Genfer-Besuches im vergangenen Jahr mit keinem Wort erwähnt. Was sollen wir tun im Falle eines Wiederaufflommens der Streitigkeiten? Ein Appell des Bundesrates an beide Parteien scheint wenig opportun, schon im Hinblick auf unsere diesbezüglichen Erfahrungen in der Suez-Krise. Ein direktes Angebot unserer guten Dienste an die drei Regierungen kommt kaum in Frage, nachdem sich die UNO mit dem Problem befasst. Dagegen wäre eine Fühlungnahme mit dem Generalsekretär zu überlegen. Herr Thalmann könnte seinen bevorstehenden Abschiedsbesuch bei U Thant

- 3 -

dazu benutzen, diesen für alle Fälle unsere guten Dienste anzubieten.

Herr Burokhardt fügt bei, dass die UNO-Aktion immer stärker gefährdet wird durch den Umstand, dass die beteiligten Länder nicht mehr gewillt sind, unbegrenzt weitere Beiträge für den Unterhalt der UN-Truppen zu erbringen. Deren Bestand ist bereits abgebaut worden; sollte er noch weiter reduziert oder die Mannschaften gänzlich abgezogen werden, besteht die reale Möglichkeit eines Wiederausbruches der Feindseligkeiten. Herr Gagnebin sieht die Gefahr sehr drastisch im Lichte der Europarat-Debatte, die in der Tat krass war. Für Herrn Burokhardt stellt sich die Frage ähnlich wie im Falle Vietnam: sollen wir unsere Disponibilität stärker herausstreichen oder nicht? Auf jeden Fall werden wir heute keine Schritte unter Umgehung der UNO unternehmen können. Kommt es allerdings zu einem Abbruch der UN-Aktion, wäre ein Appell des Bundesrates mit einer Einladung an Griechenland und die Türkei zur Abhaltung einer Konferenz in der Schweiz in Erwägung zu ziehen.

Herr Bühler wünscht nähere Angaben über die Lage, wie sie sich heute zeigt. Es stellt sich die Frage, ob die Situation in der Sicht von Strassburg den realen Verhältnissen entspricht. Wir dürfen nicht vergessen, dass die heftigen Worte der Parlamentarier dort oft persönlichen Initiativen entspringen und nicht unbedingt Ausdruck der tatsächlichen Lage sein müssen, weshalb diese Debatte an und für sich noch kein Grund für irgendwelche Schritte unsererseits ist.

Herr Probst ist überzeugt, dass sich Gagnebin von den in der Versammlung gefallenen heftigen Worten der griechischen und türkischen Vertreter zu sehr hat beeindrucken lassen. Die gegenwärtige griechische Regierung ist schwach. Sie hat vor einiger Zeit einen ihrer fähigsten Diplomaten als Botschafter nach Ankara gesandt mit dem Auftrag, den Ausgleich zu suchen. Gleichzeitig

war sie in diesem Zeitpunkt bestrebt, eine Zypern-Debatte in Strassburg zu verhindern. In der Folge kam es zu dem Athener-Besuch Makarios, und die Regierung Stephanopoulos musste angesichts der von Papandreu drohenden Gefahr dem dabei ausgeübten Druck nachgeben und auf die Linie Makarios einschwenken. Es kam zu einer politischen Kehrtwendung und zur Abberufung des neuen griechischen Vertreters in der Türkei. Herr Probst verliest dazu Auszüge aus der Berichterstattung von Botschafter Cuttat. Das aggressive Auftreten der griechischen Vertreter in Strassburg ist weitgehend auf innenpolitische Gründe zurückzuführen. Heute ist davon auszugehen, dass eine akute Gefahr nicht besteht, in relativ kurzer Zeit aber Krieg entstehen kann, falls die UNO-Truppen abgezogen würden. Bei Kontaktnahme mit U Thant wird unsere an der UN-Aktion geübte Kritik berücksichtigt werden müssen.

Herr Keller möchte erfahren, ob Herr Gagnebin in eigenem Namen gesprochen hat oder dazu seitens des Europarates veranlasst worden ist - vielleicht durch eine Regung des schlechten Gewissens angesichts seiner Passivität im Konflikte zwischen drei seiner Mitglieder.

Herr Burckhardt antwortet, dass es sich um eine rein persönliche Lagebeurteilung durch Herrn Gagnebin handelt.

Herr Keller schildert die Entwicklung des Konfliktes und die türkische Position seit 1963. Mit der für dieses Land enttäuschenden UN-Resolution vom 18. Dezember 1965 ist es der Türkei klar geworden, dass die Zeit gegen sie arbeitet und ihre anfänglich starke Stellung heute schwach ist. Herr Keller vertritt die Ansicht, dass ohne flagrante Provokation das Problem auf dem Plan Griechenland/Türkei gelöst werden kann, wobei sich allerdings gewisse Auswirkungen auf die künftige politische Haltung der Türkei ergeben können. Die Schweiz hat zur Zeit kein Interesse an einer Aktion und es bestehen für eine solche auch keine Erfolgsaussichten. Die Türken haben gute Gefühle für uns,

was bei Makarios nicht der Fall ist.

Herr Bindschedler teilt die Auffassung, dass unsererseits zur Zeit nichts unternommen werden sollte. Nachdem die UNO kompetent ist, bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. Ein Schritt der Schweiz in dieser Situation könnte unter Umständen mehr schaden als nützen.

Herr Spühler weist darauf hin, dass es jetzt nur darum geht, eine gedankliche Vorbereitung zu treffen für den Augenblick, in dem etwas unternommen werden sollte. In der heutigen Situation käme nur eine Bereitschaftsofferte über die UNO in Frage. Sollte sich plötzlich eine unvorhergesehene kriegerische Zuspitzung ergeben, wäre ein direkter Appell an die Parteien denkbar. Der Departementschef ist ebenfalls der Ansicht, dass augenblicklich von schweizerischer Seite aus nichts zu unternehmen ist, wünscht aber vorbereitende Studien für alle Fälle. Was den Abschiedsbesuch Thalmanns bei U Thant betrifft, ist nicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat bis dahin seinen Beschluss über eine weitere letzte Beitragleistung gefasst hat, so dass unser Beobachter den Generalsekretär darüber orientieren und in diesem Rahmen das Gespräch aufnehmen könnte.

Herr Bindschedler bemerkt, dass über den voraussichtlichen Gang der Ereignisse doch gewisse Voraussagen gemacht werden können. Im Kriegsfall wird der Sicherheitsrat befasst, und es ist nicht ausgeschlossen, dass vom Vetorecht kein Gebrauch gemacht wird und es zu einem Beschluss über die Einstellung der Feindseligkeiten kommt. Wird der Sicherheitsrat blockiert, tritt die Generalversammlung auf den Plan, die ähnlich beschliessen wird. Die UNO bleibt somit immer eingeschaltet, weshalb die Schweiz aus eigener Initiative schwerlich etwas unternehmen kann. Denkbar ist allerdings, dass wir in einer bestimmten Phase von der UNO selbst eingesetzt werden.

Herr Keller erwähnt die Möglichkeit, dass es im Falle einer Beilegung des Konfliktes zu einer ähnlichen Lösung wie im Gazastreifen kommen könnte. Das würde vielleicht U Thant Anlass geben, auf die seinerzeitigen Ausführungen von Bundesrat Wahlen betreffend die Stellung schweizerischer Truppenkontingente für friedenserhaltende Massnahmen zurückzukommen. Das wäre allerdings eine grundsätzliche Frage.

Herr Spühler: Das wäre ein neues Element für die Schweiz, aber nicht für Zypern, für welches es sich nur um die Fortsetzung unserer bisherigen Beitragsleistung an die Friedensaktion in anderer Form handeln würde.

Herr Probst befürwortet eine Aussprache zwischen Thalmann und U Thant: bei der Eröffnung über den Beschluss des Bundesrates zu einem letzten Beitrag könnte gleichzeitig unsere Bereitschaft zur Leistung guter Dienste erklärt werden. Es würde damit unsere im Beschluss über die letzte Beitragsleistung enthaltene Kritik mit einem positiven Element verbunden werden.

Herr Spühler ist mit einem solchen Vorgehen einverstanden, falls es sich zeitlich machen lässt. Ganz generell drückt der Departementschef den Wunsch nach Generalstabsarbeit innerhalb des Departementes aus: wir sollten immer vorausdenken und uns auf künftige Probleme gedanklich vorbereiten.

Herr Bindschedler weist auf bereits bestehende Studien solcher Art hin und erwähnt in diesem Rahmen ein von ihm ausgearbeitetes Exposé über die Stellung schweizerischer Truppen bei friedenserhaltenden Aktionen. Er wird diese Studie, die u.a. auch Angaben über die erforderliche Revision unserer Militärgesetzgebung enthält, dem Departementschef nächstens überreichen.

Herr Probst macht seinerseits auf die bereits bestehenden Richtlinien auf dem Gebiete der Leistung guter Dienste aufmerksam, die wir in jenes Falle konsultieren können.

3. Abrüstungs-Umfrage der Vereinten Nationen

Herr Burckhardt: Die UNO hat vor einigen Jahren bei Mitgliedern und andern Ländern eine Umfrage über wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Abrüstung durchgeführt. Wir haben generell geantwortet, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Nachdem diese erste Umfrage ungenügend beantwortet worden ist, hat sie die UNO nunmehr erneuert. Wir haben uns gefragt, ob es zweckmässig sei, darauf einzutreten oder nicht. In einer konferenziellen Behandlung sind wir zur Ansicht gelangt, diese zweite Anfrage wiederum in genereller Weise zu beantworten. (Auf eine Frage von Herrn Spühler): In unserer Antwort werden keinerlei militärische Einzelheiten bekanntgegeben.

Herr Bindschedler ist der Auffassung, dass diese Umfrage seitens der Schweiz kaum eine Antwort verlangt, handelt es sich doch um theoretische Studien, die von der Wirklichkeit weit entfernt sind. Er hält es aber auch für kein Unglück, wenn wir, gleich wie im Jahre 1962, generell antworten.

Herr Spühler ist ebenfalls der Ansicht, dass dieser Schritt der UNO praktisch bedeutungslos ist und ruhig hätte unterbleiben können.

Herr Gräsli vermutet, dass in Aussicht genommen wird, mit dem freigemachten Geld auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe etwas zu unternehmen.

Herr Burckhardt: Im Zusammenhang mit den Bemühungen der UNO um die Einstellung der unterirdischen nuklearen und therm nuklearen Versuche ist kürzlich die schwedische Idee der Schaffung eines sogenannten "Detection Club" aufgegriffen worden. Zweck dieses Clubs wäre der Austausch der von verschiedenen seismographischen Stationen registrierten Erschütterungen. Im gleichen Zusammenhang liegt ein kanadischer Vorschlag auf Schaffung eines

"Clearing Center" vor, das diese Daten den interessierten Regierungen zur Verfügung stellen würde. Eine schweizerische Mitwirkung ist kürzlich konferenziell besprochen worden; nachträglich ist uns noch von Stockholm die Gründung eines Friedensinstituts gemeldet worden, in dessen Programm auch Arbeiten des Detection Clubs vorgesehen sind. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass ein Entscheid über unsere Haltung in erster Linie von dem zur Zeit in Genf diskutierten Abrüstungsabkommen und den sich daraus für uns ergebenden Schlussfolgerungen abhängt. Für den Augenblick gedenken wir zunächst auf der Ebene wissenschaftlicher Experten (Prof. Kobold, ETH) abzuklären, ob und welche Voraussetzungen für eine allfällige schweizerische Mitwirkung bestehen.

Herr Spühler erkundigt sich, ob die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine zuverlässige Unterscheidung zwischen Erdbeben und nuklearen Erschütterungen tatsächlich noch nicht erfüllt sind.

Herr Burekhardt weist auf die gegenteiligen Ansichten von USA und UdSSR hin. Während letztere behauptet, heute seien Irrtümer bei seismographischen Registrierungen ausgeschlossen, ist man in Amerika der Auffassung, die Fernkontrolle von Explosionen müsste noch weiter entwickelt werden. Die Frage ist noch offen.

Herr Janner befürwortet eine wissenschaftliche Abklärung, weist aber gleichzeitig auf die politische Seite der Angelegenheit hin. Eine Mitwirkung ist vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wahrung unserer Entscheidungsfreiheit zu beurteilen (Proliferationsabkommen). Der Departementschef ist mit dem geplanten Vorgehen einverstanden.

4. Verschiedenes

Herr Micheli, der heute den Besuch des italienischen Botschafters erwartet, ersucht den Departementschef um Auskunft,

was der Bundesrat hinsichtlich Robiei beschlossen hat.

Herr Spühler: Was einzal die Beziehung eines italienischen Experten in die Untersuchungskommission anbelangt, ist der Bundesrat bereit, diesbezüglich mit den Tessiner-Behörden in Verbindung zu treten. Der Bundesrat hat im weitem geprüft, ob ein öffentlicher Appell an die Kantone oder Arbeitgeber der Sicherheit der Baustellen in den Bergen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, opportun ist. Das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement ist bereit zu prüfen, wie weit das neue Arbeitsgesetz vom 13. März 1964 die Möglichkeit verschafft, den Kantonen ihre Aufsichtspflicht in Erinnerung zu rufen. Das Volkswirtschaftsdepartement klärt ab und unser Departement bleibt federführend. Herrn Papini kann mitgeteilt werden, dass die Wünsche von Unterstaatssekretär Sterchi im Einklang mit unseren legalen Möglichkeiten geprüft werden. Ein öffentliches Schreiben an die Kantone ist etwas heikel wegen allfälliger Interpretationen durch diese.

Herr Probst empfiehlt Zurückhaltung bei der Orientierung von Herrn Papini.

Herr Spühler kommt auf den Brief von Ho Chi Minh zu sprechen und erwähnt die von Dr. Janner geäußerten Bedenken über eine schriftliche Antwort wegen des aggressiven Inhaltes gegenüber den USA. Dieser hat Herrn Spühler allerdings nicht erschreckt und wäre für ihn allein nicht Grund, von einer schriftlichen Antwort abzusehen. Man kann sich aber fragen, ob es einen Sinn hat, in aller Öffentlichkeit auch gegenüber Nordvietnam zu erklären, dass wir zur Leistung guter Dienste bereit sind. Heraus schauen wird dabei sowieso nichts. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der Departementschef mit einer mündlichen Beantwortung durch Herrn Keller einverstanden. Herr Spühler erinnert bei dieser Gelegenheit an die unlängst beschlossenen neuen Weisungen an unsere Botschafter betreffend ihr künftiges Verhalten gegenüber nordvietnamesischen Kollegen.

Herr Janner orientiert über den Stand dieser Angelegenheit und die für den Empfang solcher Weisungen in Frage kommenden Botschafter. Gleichzeitig gibt er zum Brief Ho Chi Minh's zu bedenken, dass darin ausgesprochen aggressive Töne gegenüber einem Staate, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen haben, angeschlagen werden.

Herr Bindschedler erwähnt unsere seinerzeitige Praxis mit zahlreichen Chruschtschow-Noten, in denen ebenfalls regelmässig heftige Ausfälle gegen die USA enthalten waren. Diese Noten sind von uns nur beantwortet worden, wenn wir dazu etwas zu sagen hatten, andernfalls haben wir gar nicht reagiert. Herr Bindschedler wäre mit einer mündlichen Antwort an Hanoi einverstanden.

Herr Micheli ist der Auffassung, dass Hanoi gegenüber die Form der Beantwortung - mündlich oder schriftlich - gleichgültig ist. Eine schriftliche Antwort wird allerdings grössere Publizität haben und es stellt sich die Frage, ob wir das wünschen.

Herr Janner weist darauf hin, dass wir bei mündlicher Beantwortung die Texte nicht publizieren müssten. Ein solches Vorgehen wäre vorzuziehen, da er doch gewisse Hemmungen hätte, den Brief Ho Chi Minh's zu veröffentlichen.

Herr Spühler ist mit einer mündlichen Beantwortung einverstanden. Ueber ein allfälliges Communiqué, das wir wahrscheinlich, gleich wie die Schweden, herausgeben müssen, wird er den Bundesrat in der nächsten Sitzung konsultieren.

Herr Micheli kommt auf das Agreementgesuch für den neuen chinesischen Botschafter zu sprechen. Herrn Keller, den wir angefragt haben, ist der Kandidat unbekannt. Die Auskünfte der Bundesanwaltschaft dagegen, die sich auf amerikanische und britische

Quellen stützen, lauten ausgesprochen ungünstig. Es handelt sich offenbar um einen qualifizierten Nachrichtenoffizier, der als Botschaftsrat in Djakarta, insbesondere auf Java, eine subversive Tätigkeit entfaltet hat. Es kann dem Bundesrat nicht empfohlen werden, das Agressent zu erteilen, obschon eine solche Ablehnung einen ungewöhnlichen Schritt für die Schweiz bedeutet.

In einer allgemeinen Aussprache wird das Pro und Contra einer Ablehnung der Erteilung des Agressents sowie die Form eines solchen Schrittes erörtert.

Herr Grüssli wirft dabei die Frage auf, was wir im Falle einer Ablehnung zu gewinnen hätten. China wird uns zweifellos einen "ebenbürtigen Mann" schicken.

Herr Spühler denkt, dass es sich mehr um die grundsätzliche Frage handelt. Praktisch kommt es wohl tatsächlich auf das Gleiche hinaus.

Herr Bindschedler kann diese Ansicht nicht ganz teilen und misst der Frage doch auch eine praktische Bedeutung bei. Die Zahl der auf dem Nachrichtengebiet ausgebildeten Leute ist nicht unbegrenzt und qualitativ dürften Unterschiede bestehen. Vor allem aber wird es doch China beeindrucken, wenn wir zu verstehen geben, dass wir wissen, um was für eine Art von Funktionär es sich bei dem Kandidaten handelt.

Herr Keller äussert gewisse Bedenken im Hinblick auf die Eventualität einer Asienkonferenz in Genf. Dürfen wir uns in dieser Situation den Chinesen gegenüber einen solchen Affront leisten?

Herr Janner stellt richtig, dass es sich in Wahrheit gerade umgekehrt verhält. Es sind die Chinesen, die sich uns gegenüber einen Affront geleistet haben.

Herr Probst plädiert für ein Vorgehen fortiter in re, suaviter in modo.

Es wird beschlossen, dem scheidenden chinesischen Botschafter bei nächster Gelegenheit nahezu legen, im Interesse der bilateralen Beziehungen einen anderen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Der Departementschef wird den Bundesrat orientieren.

Herr Burchhardt orientiert über ein Telefongespräch von Staatsrat Ruffieux, wonach Genf sich bereit erklärt, gewünschtenfalls eine Vietnamkonferenz zu übernehmen und diesbezüglich bereits Vorkehrungen trifft. Zwei Probleme bereiten den Genferbehörden gewisse Sorgen: das Pressegebäude (zur Zeit in Renovation) und die Schutzmassnahmen für Staatsoberhäupter und Delegierte. Die eigenen Polizeikräfte sind dafür ungenügend. Herr Ruffieux hat die Frage gestellt, ob es erwünscht wäre, wenn die Genferbehörden in diesem Zusammenhang schon jetzt einen Brief an den Bundesrat richten würden.

Herr Spühler ist der Ansicht, dass nichts im Wege steht, falls die Genfer einen solchen Brief schreiben wollen, besonders da wir ja schon sozusagen über ihren Kopf hinsichtlich einer allfälligen internationalen Konferenz in Genf verfügt haben.

Herr Burchhardt kommt auf die leidige Angelegenheit der Verleihung des Preises der Balsan-Stiftung an die UNO zu sprechen und orientiert über die Entwicklung bis heute. Generalsekretär U Thant hat sich Botschafter Thalmann gegenüber bereit erklärt, den Scheck unter öffentlicher Begründung zurückzusenden. Darauf erfolgte eine italienische Anregung, dass die betreffende Summe durch Italien und Schweiz vorschussweise erbracht werden sollte. Wir sind zum Schlusse gekommen, dass diesem Vorschlag nicht entsprochen werden kann.

Herr Spühler: Das Risiko einer Gefährdung unseres Rufes laufen wir auch bei einer Vorschussleistung. Wir müssen

davon ausgehen, dass es sich um einen ungedeckten Scheck handelt und auf dem Rechtsstandpunkt verharren.

Herr Burekhardt gibt bekannt, dass die Waadt nunmehr ihre Kandidatur für den Sitz des Weltpostvereins in Lausanne offiziell angemeldet hat. Mit diesem höchst unerwünschten Schritt stellt sich die Frage, ob nicht der Moment gekommen ist, die Angelegenheit mit Bern und Waadt gemeinsam zu besprechen.

Herr Spühler weist auf die unerfreulichen Konsequenzen dieser Konkurrenz zweier Schweizer Städte hin, aus der sich ergeben könnte, dass die Schweiz des Sitzes überhaupt verlustig gehen wird und dieser nach Wien abwandert. Es ist tatsächlich höchste Zeit mit Bern und Waadt zu sprechen, wobei man sich zunächst allein mit Bern unterhalten und versuchen sollte, eine akzeptable Lösung herbeizuführen.

Herr Bindschedler orientiert über die nächstes Jahr stattfindende allgemeine Landesverteidigungsübung. Die Übungsleitung (Oberstbrigadier Lang) hat festgelegt, dass die Situation im Jahre 1972 gespielt werden soll, woraus sich für uns die Frage ergibt, welche Hypothese wir der Arbeit zugrundelegen wollen. Denkbar wäre die Annahme einer UNO-Mitgliedschaft der Schweiz oder eine assoziierte Mitgliedschaft bei der EWG. Die Frage ist, ob wir den Status von heute annehmen, oder aber geistig durch-exersieren wollen, wie er im Jahre 1972 sein könnte.

Es erfolgt ein allgemeiner Gedankenaustausch, wobei die Meinung vorherrscht, dass die vorliegende Hypothese wenig glücklich ist. Der Departementschef hält es für grundsätzlich unrichtig, eine fiktive Jahressahl anzunehmen und daran politische Annahmen zu knüpfen. Herr Bindschedler wird diese Bedenken der Übungsleitung zur Kenntnis bringen.

Herr Burekhardt möchte noch die Reise von Herrn Keller nach New York erwähnen. Ursprünglich war beabsichtigt,

diesen Besuch noch während der Anwesenheit Thalmanns in New York durchzuführen. Es scheint aber doch, dass ein späterer Zeitpunkt, in welchem Herr Keller seinen neuen Wirkungskreis etwas eingehender überblickt, günstiger wäre. Man könnte somit einen Besuch beim Nachfolger Thalmanns in Aussicht nehmen.

Herr Keller ist damit einverstanden; es liegt ihm sehr an einer Kontaktnahme mit dem UNO-Sitz in New York, doch teilt er auch die Ansicht, dass ein solcher besser erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen sollte.

Herr Spühler denkt, dass diese Fühlungnahme für Herrn Keller fruchtbarer ausfallen wird, wenn dieser schon genügend Kenntnisse über seine neue Tätigkeit hat.

Herr Grüssli orientiert noch kurz über die Frage der Sozial-Attachés und die in Aussicht genommenen Kontakte mit den Gewerkschaften. Herr Chavas hofft und hat gewisse Chancen, bei der ESRO unterzukommen. Gelingt das nicht, wird er nach Bern versetzt, um hier die Sektion Stipendiaten bei der Technischen Zusammenarbeit zu übernehmen, wofür er sicherlich sehr geeignet wäre.

Herr Spühler fragt sich, ob das Kommando Chavas's in Paris nicht grösser wäre und man ihn nicht dort belassen sollte.

Herr Keller bemerkt dazu, dass es sich wohl um eine Prinzipfrage handle. Das Departement muss mit der Disponibilität seiner Funktionäre rechnen können. Von diesem Gesichtspunkt aus sollte man davon absehen, Chavas in Paris zu lassen, nur weil er dort schon lange Jahre weilte und den Posten aus persönlichen Gründen ungern verlässt.